

# Wirtschaft soll sich an Kinderbetreuungskosten beteiligen

Die Kinderbetreuung soll ausgebaut und gleichzeitig für die Eltern günstiger werden. Für die Finanzierung soll ein Fond eingerichtet werden, in den die Arbeitgeber einzahlen. Dies fordert Volksinitiative "Bezahlbare Kinderbetreuung für alle", über die im Kanton Zürich am 25. September abgestimmt wird.

Vorgesehen ist, dass Unternehmen künftig 0,2 Prozent der AHV-pflichtigen Lohnsumme in diesen Betreuungsfonds einzahlen. "Das sind 20 Franken auf 10'000 Franken Lohnsumme und somit eine moderate Abgabe", sagte AL-Kantonsrat Markus Bischoff am Mittwoch vor den Medien.

Die AL-Initiative wird von Politikerinnen und Politikern aller politischen Lager von AL bis SVP unterstützt. Gefordert wird ein solidarisches 3-Säulen-Modell: Finanzierung der Kinderbetreuung durch Eltern, Gemeinde und Wirtschaft. Jeder, der einen Nutzen von der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe, solle sich an den Kosten beteiligen, sagte BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti.

Um die Einwanderung zu reduzieren, müsste das Arbeitskräftepotential - vor allem auch jenes der Frauen - grösstmöglich ausgenutzt werden, sagte sie. Auch die Gemeinden profitierten von guten Schul- und Betreuungsmöglichkeiten, betonte Ursula Fehr (SVP), Gemeindepräsidentin von Eggenwil. Das sei ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.

## Erwerbsarbeit soll sich lohnen

Die Preise für Kindertagesstätten müssten so gestaltet sein, dass sich die Erwerbsarbeit für beide Eltern lohne, forderte Ellen Ringier, Präsidentin Stiftung Elternsein. Heute sei Erwerbsarbeit für Eltern aus der Mittelschicht ein Verlustgeschäft, sagte Isabel Garcia, GLP-Gemeinderätin Stadt Zürich.

Preise und Angebote sind je nach Wohnort sehr unterschiedlich. Nach Auffassung des Ja-Komitees werde sich an dieser Ungerechtigkeit auch nichts ändern, solange sich nur die Gemeinden an der Finanzierung beteiligen. Durch den Betreuungsfonds erhielten die Gemeinden die nötigen Mittel. Wie sie diese einsetzen, bleibe ihnen überlassen. Ihre Autonomie werde also nicht eingeschränkt.

Mit den Mitteln aus dem Fonds soll ausserdem die Aus- und Weiterbildung des Betreuungspersonals gefördert werden. Eine hohe Angebotsqualität erleichtere den Eltern die Entscheidung massiv, die Kinder fremdbetreuen zu lassen, sagte Kantonsrätin Karin Fehr Thoma (Grüne).